

Bankgeheimnis Drohung gegen Wien und Bern

Frankreich könnte Österreich und die Schweiz auf eine
šschwarze Listeö setzen.

AUS PARIS
DANNY LEDER

šParis setzt Bern und Wien unter Druckö, titelte soeben die Wirtschaftsbeilage des Pariser Blatts š*Le Monde*ö. Österreich und die Schweiz würden von Frankreich auf eine šschwarze Liste der Steuerparadieseö gesetzt werden. Den betreffenden Ländern würden šFiskal-Sanktionen durch erhöhte Abgaben auf alle Transaktionenö drohen, wie š*Le Monde* ein wenig vage formuliert.

Der Anlass ist die Forderung nach automatischem Informationsaustausch zwischen den Staaten über den Besitz von Konten durch die jeweiligen Staatsangehörigen, also nicht bloß die Übermittlung von Informationen nach einer gezielten zwischenstaatlichen Anfrage. Frankreich stützt sich dabei auf den Beschluss des G8-Gipfels in Nordirland zu Wochenbeginn, der diesen Informationsaustausch zu einer Schlüsselmaßnahme erhoben hat. Dieser haben bereits 17 Staaten zugestimmt, darunter die USA, Großbritannien und Deutschland.

Allerdings werden in der šschwarzen Listeö für 2013, deren Veröffentlichung in Paris unmittelbar bevorsteht, Österreich und die Schweiz noch nicht aufscheinen, weil bisher die Verweigerung des automatischen Informationsaustausches auch in Frankreich nicht als Kriterium galt, um als Steuerparadies eingestuft zu werden. In der aktuellen Parlamentsdebatte in Paris über ein schärferes Gesetz gegen Steuerbetrug wird aber Finanzminister Pierre Moscovici einen entsprechenden Antrag einbringen. Dann würden Österreich und die Schweiz, bei gleichbleibender Haltung in Sachen Bankgeheimnis, ab 2016 auf die ominöse Liste geraten.

Das lässt vermuten, dass es Paris vorerst eher um eine Drohgebärde geht. Frankreichs Linksregierung will die Haltungsänderung der führenden westlichen Staaten nützen, um die Bewegung gegen Steueroasen voranzutreiben und sich als federführend profilieren. Dabei zeichnet sich ein komplizierter Deal ab, protegiert doch auch Paris mit Andorra und Monaco Steuerparadiese in seinem Hinterhof ó so wie etwa Großbritannien mit den anglo-normannischen und karibischen Inseln.

Die Regierung in Paris ist auch gerade dabei, tausenden Inhabern von illegalen Auslandskonten, eine Teilamnestie zu gewähren: wer sich über die Sommermonate bei den Behörden meldet, entgeht einem Justizverfahren und kann mit einer eher milden Pönale rechnen. Die Kampfansage gegen die Steuerparadiese erhöht die Bereitschaft zur Deklaration, sie soll aber auch den Eindruck verwischen, die Linksregierung würde Steuersündern entgegenkommen.